

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

1.9.1928 (No. 204)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. S.
E. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Strasse 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Rußland und der Kellogg-Pakt

Zur Unterzeichnung bereit

Rußland hat eine von dem Stellvertreternden Volkskommissar des Auswärtigen Litwinow unterzeichnete Note dem französischen Vorkriegsminister Herbet in Moskau als Antwort auf die von der französischen Regierung übergebene Einladung zum Beitritt zum Kellogg-Pakt überreicht. Es wird darin u. a. ausgeführt, daß die Sowjetregierung schon lange vor dem Kellogg-Pakt den anderen Mächten den Antrag unterbreitet hatte, in zweiseitigen Verträgen nicht nur auf Angriffskriege, sondern auf alle Kriege zu verzichten. Einige Staaten, wie Deutschland, die Türkei, Afghanistan und Litauen hätten den Vorschlag angenommen und mit der Sowjetregierung entsprechende Verträge abgeschlossen. Andere Staaten hätten den Antrag stillschweigend übergegangen und eine dritte Gruppe von Staaten hätte ihn mit der Begründung abgelehnt, daß ein unbedingter Verzicht auf Angriffe mit ihren Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbunde unvereinbar sei. Diese Einwände haben dieselben Mächte jedoch nicht daran gehindert, den Pariser Pakt zu unterzeichnen. Die Note stellt weiter fest, daß die Urheber des Pariser Paktes es nicht für notwendig gehalten hätten, die Sowjetregierung zur Teilnahme an den Verhandlungen, die diesem Pakt vorausgingen, einzuladen. In gleicher Weise seien auch die Mächte, die in erster Linie an der Sicherung des Friedens interessiert sind (Türkei, Afghanistan und China) nicht dazu aufgefordert worden. Die Sowjetregierung geht von der Voraussetzung aus, daß sie unter keinen Umständen des Rechts beraubt werden könne, welches die Regierungen, die den Pakt unterzeichnet haben, für sich in Anspruch nehmen könnten. Die Sowjetregierung hielt und hält die Verwirklichung des Planes einer allgemeinen und völligen Abrüstung für das einzig wirksame Mittel zur Abwehr kriegerischer Verwicklungen. Der Völkerbund bewies aber in der Sache der Abrüstung, die die sicherste Friedensgarantie und das beste Mittel zur Abwendung des Krieges bilden würde, völlige Ohnmacht. Im Kellogg-Pakt sei die Formulierung des Kriegsverbotes selbst ungenügend und unbestimmt, und es seien eine Reihe von Klauseln beigegeben, die bezwecken, im voraus alles zu besorgen, was einer Verpflichtung zum Frieden ähnlich sehe. Trotzdem sei die Sowjetregierung bereit, den Pakt zu unterzeichnen, soweit er in objektiver Weise den Mächten gewisse Verpflichtungen gegenüber der öffentlichen Meinung auferlege und der Sowjetregierung erneut die Möglichkeit gebe, allen Teilnehmern am Pakt, die für die Sache des Friedens wichtigsten Frage vorzulegen, nämlich die Frage der Abrüstung, deren Lösung als einzige Garantie für die zukünftige Vermeidung von Kriegen erscheine. Die Note schließt mit den Worten: „Auf Grund dieser Darlegungen werde ich die Ehre haben, Ihnen Herr Vorkriegsminister einen entsprechenden Akt meiner Regierung über ihren Beitritt zum Pakt zu überreichen, so bald die damit verbundenen Formalitäten abgeschlossen sein werden.“

Verhaftung eines früheren Faschistenführers

Auf italienischem Gebiet bei Lugano wurde der frühere Faschistenführer Cesare Rossi und seine Tochter verhaftet. Rossi war einer der Gründer der faschistischen Partei. Er gehörte dem Führerausschuss an, der den Marsch auf Rom leitete. Später wurde er Leiter des Pressebüros im Ministerpräsidium. Der Verhaftete ist in die Matteotti-Affäre verwickelt. Er wurde f. z. aber wieder freigelassen und flüchtete dann nach Paris, wo er einen heftigen Feldzug gegen den Faschismus eröffnete und Druckfahnen gegen Mussolini und gegen das faschistische Regime veröffentlichte. Rossi hatte sich heimlich von Frankreich in die Schweiz begeben und hielt sich seit einigen Monaten unter einem falschen Namen in Lugano auf. Hier schloß er mit einigen italienischen Touristen Bekanntschaft, die in Wirklichkeit Spione waren. Rossi ließ sich auf einen Flirt mit einem Fräulein ein, das ebenfalls im Dienste der Polizei stand. Am Dienstagabend schlug die Dame dann Rossi eine Spazierfahrt nach Campione (Stalien) vor, bei der es zur Verhaftung kam.

Die von den schweizerischen Behörden eingeleitete Untersuchung in der Angelegenheit der durch italienische Agenten erfolgten Verhaftung des früheren italienischen Pressechefs wurde gestern Abend mit der Ausarbeitung eines eingehenden Berichts abgeschlossen, der an das eidgenössische politische Departement übermittelt wurde. Die Polizei hat in dem Hotel, in dem Rossi und seine Begleiterin abgestiegen waren, dessen aus Frankreich stammenden Briefe beschlagnahmt. Es wurde festgestellt, daß die Behauptung der mit Rossi bekannten Personen, sie wohnen in Vifioni bei Lugano, falsch ist. Die Verhaftung Rossis in Campione ist vermutlich vom Bürgermeister von Campione, Vitalini, vorgenommen worden.

Reichsminister Müller wird heute Abend mit dem fahnenmächtigen Juge von Berlin nach Genf abreisen und, wie bereits gemeldet, in Baden-Baden mit Dr. Stresemann zusammentreffen.

Ein Eberdenkmal in Bayern. Am morgigen Sonntag findet in Ottobrunn bei München die Einweihung des ersten Eberdenkmals in Bayern statt.

Geheimrat Wilhelm Wien. Der Physiker, Geheimrat Wilhelm Wien, der zweimal Nobelpreisträger war, ist an den Folgen eines Gallenleidenes, 64 Jahre alt, in München gestorben.

Professor von Bardeleben. Freitag nachmittag erlitt auf dem Sportplatz des Rot-Weißklubs am Bahnhof Brunenwald bei Berlin der bekannte Berliner Frauenarzt, Prof. Dr. von Bardeleben, einen Schlaganfall. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Letzte Nachrichten

Sachsen zur Einstellung der Luftfahrtsubventionen

DD. Dresden, 1. Sept. (Tel.) In einer Mitteilung der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei über die Einstellung der Luftfahrtsubventionen des Staates Sachsen und der sächsischen Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen an die Luftlinie wird erklärt, die sächsische Regierung habe die Öffentlichkeit bisher von sich aus über den Sachverhalt nicht unterrichtet, weil ihr dies angesichts der für den 6. September in Aussicht genommenen Besprechung im Reichsverkehrsministerium nicht angebracht erschien. Die sächsische Regierung hoffe noch immer, daß es ihren Vorstellungen in der Angelegenheit gelingen werde, den Interessen des sächsischen Luftverkehrs beim Reichsverkehrsministerium eine der Bedeutung Sachsens entsprechende Berücksichtigung zu verschaffen.

Der britisch-französische Schritt in Sofia

WB. London, 1. Sept. (Tel.) Laut „Daily Telegraph“ richtete die britische Regierung eine weitere Note an einige Mächte, in der sie den Sinn des am 10. August in Sofia erfolgten englisch-französischen Schrittes erklärt. Die frühere vom 3. August datierte britische Note in dieser Frage, in der um die Mitwirkung Italiens ersucht wurde, sei von Rom ablehnend beantwortet worden.

Kämpfe in Syrien

WB. Paris, 1. Sept. (Tel.) Die kommunistische „Humanité“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß es entgegen einem gestern verbreiteten Dementi in der Gegend von Sueda in Syrien zu einem Zusammenstoß zwischen französischen Truppen und eingeborenen Gebirgsbewohnern gekommen sein soll. Hierbei seien 20 Personen getötet worden. Die syrischen Zeitungen, sogar diejenigen, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Mandatsmacht befinden, haben diese Nachricht bestätigt.

Der Besuch des Reichspräsidenten in Schlesien

Reichspräsident v. Hindenburg wird Mitte September Schlesien besuchen. Der Reichspräsident hat, wie amtlich mitgeteilt wird, den Wunsch geäußert, daß während seines Besuchs in den verfassungsmäßigen Farben geklagt wird und hat weiter gewünscht, daß sein Empfang in Schlesien angesichts der Notlage der Provinz nicht mit besonderen Aufwendungen verbunden sein soll. Sollten hier aber bereits Mittel für Empfangsfeierlichkeiten bewilligt sein, so sollen diese für soziale Zwecke verwendet werden. Das ober-schlesische Reichsbanner hat im Gegensatz zu der Breslauer Ortsgruppe in einer Gaudionferenz beschlossen, sich an dem Empfang Hindenburgs zu beteiligen und hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Reichspräsident an einem Wochentag kommt, so daß ihn nur die dienstfreien Angehörigen des Reichsbanners begrüßen könnten.

Reichstagspräsident Löbe über den Panzerkreuzer

Im sozialdemokratischen Pressedienst greift Reichstagspräsident Löbe in die Panzerkreuzerdebatte ein. Er hält die Partei an ihre Wahlversprechungen für absolut gebunden und verlangt, daß spätestens bei der Entscheidung über die zweite Rate ein entsprechender Vorstoß gemacht werden müsse. Löbe führt u. a. aus:

„Unsere Minister werden selbst am besten tun, wenn sie offen erklären, daß sie nach dem Protest, den der Bau gefunden habe, den Reichstag noch einmal befragen wollen, wie er zum Bau steht. — Sie können das tun, ohne sich etwas zu vergeben, und vielleicht haben auch weitere Koalitionsparteien außer den Demokraten inzwischen eingesehen, daß das Deutsche Reich ohne diesen Kreuzer nicht zugrunde geht. Gibt es aber Parteien, die daraus eine Kabinettsfrage machen wollen, nun gut, dann wird es neue Kämpfe geben. Wir aber wollen bei diesen Kämpfen auf Seiten derer stehen, die die Fortsetzung dieser Kämpfe ablehnen.“

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat laut „Vorwärts“ den Parteiausschuss zum 11. September nach Berlin berufen. Auf der Tagesordnung steht die Erörterung schwebender politischer Fragen.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich für den Durchschnitt des Monats August auf 153,5 gegenüber 152,6 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,6 Proz. gestiegen. Diese Steigerung ist in der Hauptsache auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen. Die Indexziffer für die einzelnen Gruppen betragen (1913=1914 gleich 100): für Ernährung 155,6, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 144,9, für Bekleidung 170,5, für den „sonstigen Bedarf“ 187,9.

Die Ereignisse in der Mandchurei. Um seinem Wunsch, der südjapanischen Regierung beizustehen, einen sichtbaren Ausdruck zu geben, hat — wie aus Shanghai gemeldet wird — der Sohn Tschangschins, Tschangschinsung, Befehl erteilt, 80 000 mandchurische Soldaten, die innerhalb der Großen Mauer standen, nach der Mandchurei zurückzubringen. 10 000 Mann der mandchurischen Armee marschieren nach Chaikar, um den westlichen Teil der sinesischen Ostbahn gegen mongolische Truppen zu schützen, die, wie die Japaner behaupten, von Borodin und anderen Agenten der Dritten Internationale geleitet werden.

Die Steuerpflicht der öffentlichen Sparkassen

Sparkassen sind gemeinnützige Einrichtungen zur Förderung des Sparwunsches der Bevölkerung. Ursprünglich waren sie reine Wohlfahrtsanstalten für die minderbemittelten Volksklassen, vielfach gefördert durch Zuschüsse der Gemeinden. Je höher freilich die Sparguthaben in den Sparkassen anwuchsen, desto rentabler gestalteten sich die Sparanstalten. Die Sparkassenverwaltungen lernten, die Einlagen sicher und doch gut verzinslich anzulegen, und die wachsende Höhe der erzielten Umsätze führte dazu, daß der für die Verwaltungszwecke erforderliche Teil der Anlagenerträge immer geringer wurde. Andererseits übernahm die Gemeinde nicht nur zu Anfang jenen Teil der Verwaltungskosten, der nicht durch die Überschüsse der Erträge über die Zinsleistungen an die Sparers gedeckt wurde, sondern auch die Garantie für die Sparanlagen selbst.

Die Zusammensetzung der Sparerschaften erfuhr allmählich eine Veränderung. Es waren nicht mehr nur die ärmere Volksklassen, die ihre Pflennige und ersparte Markbeträge nach den Sparkassen brachten, sondern auch der Mittelstand und manche Angehörige der wohlhabenden Stände brachten ihre Ersparnisse wegen der günstigen Bedingungen und der bequemen Ein- und Auszahlungsmöglichkeiten zu den öffentlichen Sparkassen. So empfanden allmählich die Banken und die anderen Kreditinstitute die öffentlichen Sparkassen als eine gefährliche Konkurrenz bei der Ansammlung und Verwaltung der Spargelder der Bevölkerung. Die Bestrebungen, namentlich mancher Bankkreise, die Sparkassen durch starke Beschränkung der Einlagenhöchstbeträge von der Annahme und Verwaltung der Ersparnisse des Mittelstandes und der wohlhabenden Bevölkerungskreise auszuschließen, scheiterten jedoch, weil es von vornherein klar war, daß die kleinen Sparbeträge nicht genügt hätten, um neben Zinsen auch die erforderlichen Verwaltungskosten der Sparkassen herauszuwirtschaften. Erst die größeren Einlagen führen dazu, daß nicht nur Zinsen, sondern auch Überschüsse erzielt werden können. Andererseits ist es aber zweifellos, daß auch diese Überschüsse, die den Gemeinden aus ihren Sparanstalten zufließen, für gemeinnützige Zwecke Verwendung finden. Zum Teil dienen sie dazu, Reservefonds zu bilden, um bei etwaigen Verlusten die Einlagen unter allen Umständen sicherzustellen. Darüber hinausgehende Überschüsse finden für allgemeine Zwecke Verwendung und dienen dadurch zur Entlastung der Steuerzahler.

Aus allen diesen Gründen galt es und gilt es noch heute als Rechtsgrundsatz, daß der Sparkassenverkehr wegen seines gemeinnützigen Charakters von der direkten Besteuerung, also von der Körperschaft-, Einkommen- und Vermögenssteuer befreit ist. Erst als in der Nachkriegszeit die Sparkassen dazu übergingen, neben der Ansammlung und Verwaltung der ihnen anvertrauten Spargelder auch wesentliche Zweige einer bankmäßigen Tätigkeit, also Scheck- und Giroverkehr, Wertpapier-, Depot- und Personalkreditgeschäfte, aufzunehmen, erwieß sich der Standpunkt der vollkommenen Steuerfreiheit der öffentlichen Sparkassen als nicht mehr haltbar. Die Angleichung von Sparkassen an die städtischen Sparkassen, die Übernahme von Scheck-, Giro- und Überweisungsverkehr in den Geschäftskreisen der Sparkassen hatte zunächst zur Folge, daß erheblich höhere Überschüsse als früher erzielt werden konnten, die dann, ähnlich wie die Erträge anderer kommunaler Erwerbsunternehmungen und Gemeindebetriebe, zu allgemeinen Zwecken der Gemeinden verwendet wurden. In der Vorkriegszeit war demgegenüber durch die staatliche Gesetzgebung festgelegt worden, daß etwaige Überschüsse der Sparkassen vorwiegend oder ganz gemeinnützigen Zwecken zuzuführen seien. So war in Bayern vorgeschrieben, daß die Sparkassenüberschüsse nur im Interesse der Sparers, ferner zur Förderung der Sparsamkeit sowie zu solchen Wohlfahrts- und gemeinnützigen Zwecken verwendet werden durften, zu deren Erfüllung die Gemeinden nicht gesetzlich verpflichtet sind. Allerdings werden auch heute die Sparkassen von den Gemeinden keineswegs als Erwerbsinstitute angesehen und betrieben. Aber die Ausdehnung der Sparkassentätigkeit über das eigentliche Sparwesen hinaus auf der einen Seite und die hieraus sich ergebende Erzielung wesentlich höherer geschäftlicher Überschüsse hat doch vielfach dazu geführt, daß außer den notwendigen Rückstellungen dauernd erhebliche Gewinne aus den Sparkassen erzielt worden sind. Obwohl das dem ursprünglichen und eigentlichen Charakter der Sparkassen nicht entspricht, hat die allgemeine Finanznot in den letzten Jahren die Gemeinden vielfach gezwungen, die Überschüsse ihrer Sparkassen, ebenso wie die anderer städtischer Betriebe, bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne als feste, zu erwartende Einnahmen in Ansatz zu bringen. Ob und inwieweit eine derartige indirekte Heranziehung der Sparers und der sonstigen Sparkassenkunden zur Deckung kommunaler Bedürfnisse sich rechtfertigen läßt, soll hier nicht näher erörtert werden. Die Not hat auch auf diesem Gebiet zweifellos manchmal dazu gezwungen, die für die Aufrechterhaltung der kommunalen Tätigkeit erforderlichen Gelder dort zu nehmen, wo man sie eben fand. Der Staat aber sah sich infolge dieser Heranziehung der Sparkassenüberschüsse zu allgemeinen kommunalen Zwecken und infolge der Ausdehnung der Sparkassentätigkeit auf Gebiete, auf denen die Sparkassen mit den steuerzahlenden Banken und anderen Kreditinstituten in Wettbewerb traten, sehr bald veranlaßt, namentlich auch die Sparkassen zur Körperschaft- und Vermögenssteuer heranzuziehen. Das geschah allerdings nicht hinsichtlich der eigentlichen und engeren Tätigkeit der Sparkassen, wohl aber, soweit diese überschritten und eine darüber hinausgehende bankmäßige Tätigkeit praktisch ausgeübt wird. Die Grenzen zwischen dem eigentlichen Sparkassenverkehr und dem darüber hinausgehenden steuerpflichtigen Bank- und Kreditgeschäft der Sparkassen sind in zwei Verordnungen des Reichsfinanzmini-

nisters festgelegt worden. Die eine dieser Verordnungen ist am 22. März d. J. erlassen worden und beschäftigt sich mit der Festlegung der Grenzen des „eigentlichen“ Sparlastenverkehrs im Sinne der Reichssteuergehalte. Die andere vom 4. Mai 1928 befaßt sich mit der Sicherung der von den Sparlasten im eigentlichen Sparlastenverkehr gewährten Personalkredite.

Was die Kreditgewährung anbetrifft, so wird in der zuerst genannten Verordnung die Einräumung von Personalkredit an den Mittelstand als sparlasteneigenes und damit steuerfreies Geschäft anerkannt, soweit der Kredit durch Sicherungshypothek, Faustpfand, Bürgschaften usw. gesichert ist und soweit der Gesamtbetrag der etwa ungesicherten Krediteinräumungen 5 Proz. der bei der betreffenden Sparlaste vorhandenen Guthaben nicht übersteigt. Außer diesem eng begrenzten Teile Personalkreditgeschäfts gehören zum eigentlichen Sparlastenverkehr natürlich die Annahme und Auszahlung von Spareinlagen, ferner die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und anderen Wertgegenständen, die Vermietung von Sicherheitsfächern, die Einlösung fälliger Zins- und Gewinnanteile der Giro- und Scheckverkehr, sowie die Anlegung der Sparlastenbestände. Zu dieser letzteren gehört das ordnungsgemäß betriebene Realreditgeschäft, also die Vergebung von Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden, ferner die Gewährung von Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und natürlich die Anlegung des Geldes in öffentlichen Anleihen, Pfandbriefen usw. Sparlastenfremde und daher steuerpflichtige Geschäfte sind dagegen der Ankauf von Wertpapieren ohne sofortige Barzahlung, also auf Kredit, der Verkauf von Wertpapieren ohne sofortige Hinterlegung der Papiere sowie der An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln für fremde Rechnung. Geldgeschäfte spekulativen Charakters sind den Sparlasten ohnehin scharf untersagt, würden aber, falls sie etwa ausgeübt werden, selbstverständlich der Besteuerung unterliegen.

Nachdem so durch die Verordnung des Reichsfinanzministers die Grenzen zwischen sparlasteneigenen und sparlastenfremden Geschäften ziemlich scharf gezogen sind, ist die Frage der Besteuerung der Sparlasten leicht zu beantworten: Sparlasteneigene Geschäfte sind grundsätzlich steuerfrei, sparlastenfremde dagegen unterliegen der Körperschafts- und Vermögenssteuer. Was die Mittelstandskredite anbetrifft, so hat der Reichsfinanzminister noch insofern eine Erleichterung geschaffen, als er gestattet, daß jeder Kredit, der im Einzelfalle den Betrag von 15 000 M nicht übersteigt, als Mittelstandskredit, also auch als sparlasteneigenes Geschäft, angesehen werden darf. Aber auch Kredite, die den Betrag von 15 000 M übersteigen, aber nicht über 30 000 M im Einzelfalle hinausgehen, dürfen dann als Mittelstandskredite angesehen werden, wenn sie nicht mehr als 1/2 Proz. des Gesamteinlagenbestandes der Sparlaste ausmachen.

Sparlasten, die sich ausschließlich mit dem eigentlichen Sparlastenverkehr befassen, und keine sparlastenfremden Geschäfte betreiben, sind also nach wie vor von der Körperschaftsteuer und von der Vermögenssteuer befreit. Sparlasten dagegen, die neben den sparlasteneigenen auch sparlastenfremde Geschäfte betreiben, sind zur Körperschaftsteuer nur mit den Erträgen dieser sparlastenfremden Geschäfte heranzuziehen. Dagegen sind sie zur Vermögenssteuer und zu den Leistungen nach dem Aufbringungsgesetz mit ihrem Gesamtvermögen steuerpflichtig, falls sie überhaupt, wenn auch nur in geringem Umfange, sparlastenfremde Geschäfte betreiben. Die Einziehung der fälligen und rückständigen Steuern der Sparlasten wird, nachdem nunmehr die notwendigen Abgrenzungsbestimmungen zwischen sparlasteneigenen und sparlastenfremden Geschäften erlassen sind, in nächster Zeit von den Finanzämtern beschleunigt durchgeführt werden. R. R.

Aufhebung des Sichtvermerkwanges zwischen Italien und Deutschland

Nach der vor kurzem zwischen der deutschen und der italienischen Regierung getroffenen Vereinbarung wird der Sichtvermerkwang für die Einreise der Staatsangehörigen des einen Landes in das Gebiet des anderen vom 15. September 1928 an aufgehoben. Zur Einreise genügt fortan der Besitz eines gültigen Reisepasses. Für die Einreise in die italienischen Kolonien bleibt der Sichtvermerkwang bestehen. Die im Gebiete der beiden Staaten bestehenden besonderen Bestimmungen über die Einreise, Aufenthalt und die Ausweisung von Ausländern, sowie die Bestimmungen des Schutzes des heimischen Arbeitsmarktes werden durch die Vereinbarung nicht berührt.

Zur Regierungsbildung in Thüringen

Der mit der Regierungsbildung beauftragte demokratische Abgeordnete Professor Dr. Krüger hatte nach Rücksprache mit Vertretern der Deutschen Volkspartei die Anfrage an die sozialdemokratische Fraktion gerichtet, ob sie zu einer großen Koalition mit den bisherigen vier bürgerlichen Regierungsparteien bereit sei oder ob sie eine dieser Fraktionen nicht für koalitionsfähig erachte. Darauf haben die Vertreter der SPD erwidert, ihre Fraktion interessiere sich nicht für diese Verhandlungen, da eine wesentliche politische Kursänderung in Thüringen in republikanischem und sozialem Sinne nicht angestrebt werde.

Weitere Sparlastenstandale

Aber die Vorgänge bei der Sparlaste des Kreises Weener (Ostfriesland) wird gemeldet: „Seit einer Reihe von Jahren sind bei der Sparlaste eine Reihe von ordnungswidrigen Geschäften getätigt worden. Ob aus diesen Geschäften Verluste entstehen werden und in welcher Höhe, ist noch nicht zu übersehen. Gegen den ersten Rentanten der Sparlaste ist wegen der erwähnten Vorgänge ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Außerdem ist gegen denselben Beamten ein Strafverfahren eingeleitet wegen Vergehen, die zwar im Zusammenhang stehen mit seiner Tätigkeit als Sparlastenleiter, bei denen aber die Sparlaste als solche nicht geschädigt ist. Bei einer Revision der Kreisaußsichtverwaltung hat sich vor kurzem ein bedeutender Fehlbetrag ergeben. Wegen dieser Angelegenheit, die mit der Kreisparlaste in keinerlei Verbindung steht, ist gegen einen Kreisaußsichtoberinspektor ein Disziplinar- und ein Strafverfahren eingeleitet worden. Auch wurde er in Untersuchungshaft genommen.“

Bei der Sparlaste für den Kreis Jülich-Grevelz-Heinsberg und Weitenkirchen ist man großen Untersuchungen auf die Spur gekommen. Der 29jährige Kassengehilfe Kroll hat sich der Polizei mit dem Geständnis gestellt, in den letzten Jahren etwa 45 000 M unterschlagen zu haben. Der Oberrentmeister Kaufeld, der am 1. Juli d. J. wegen Unfähigkeit der Leitung der Kasse entlassen wurde, wurde als vermüttlicher Mischuldiger verhaftet.

Strafantrag gegen die „Welt am Abend“. Gegen die Berliner „Welt am Abend“, die gegen das Reichsgesundheitsamt und seine verantwortlichen Beamten die schwere Beschuldigung der angeblichen Begünstigung von unerlaubtem Kaufgeschäften erhob, wird dem „Vorwärts“ zufolge Strafantrag gestellt werden.

Zur Verhaftung von Hugo Stinnes

Mit den betrügerischen Geschäften, die Hugo Stinnes, dem Sohn des bekannte Industriellen, zum Vorwurf gemacht werden, hat es, wie das „N. N.“ mitteilt, folgende Bewandnis: Bekanntlich befand sich das Haus Stinnes im Jahre 1926 in sehr kritischer finanzieller Lage, insbesondere Hugo Stinnes jr., der sich im Herbst 1925 mit allen Unternehmungen der Aufsicht der Darmstädter und Nationalbank unterstellte. Anfangs 1926 soll ihm nun von seinem Privatsekretär v. Walbow einerseits und von seinem Hamburger Geschäftsführer andererseits je eines der Geschäfte proponiert worden sein, die jetzt beide Gegenstand der kriminellen Untersuchung sind. Nach der Darstellung Stinnes sollen von Walbow und sein Hamburger Geschäftsführer an ihn herantreten sein und ihm die Finanzierung von Kriegsanzleiengeschäften vorgeschlagen haben. Ein französisches Konsortium, das eine große Anzahl von „Ansprüchen“ erworben habe, solle finanziert werden, um die Durchführung der Geschäfte zu ermöglichen. Das tat Stinnes und steckte nach seiner Darstellung nicht mehr als 400 000 M in die beiden ihm vorgeschlagenen Geschäfte. Die Pariser Zentrale hatte die Aufgabe, in Paris Personen zu suchen, die sich bereit erklärten, Eigentumsertürlungen über die Güter zu unterschreiben, mit anderen Worten, falsche eidesstattliche Versicherungen abzugeben. Unter diesen Personen befindet sich auch ein früherer französischer Parlamentarier, der sich als Besitzer von nicht weniger als 28 Millionen Mark Anleihe ausgegeben haben soll.

Hugo Stinnes steht nun auf dem Standpunkt, daß er von all diesen Zusammenhängen nichts gewußt habe und nichts habe wissen können. Er sei von seinen Angestellten „hereingelegt“ worden. Aus diesem Grunde befreit er auch, sich strafbar gemacht zu haben. Seiner Darstellung steht nun die Aussage seiner beiden Angestellten gegenüber, durch die er belästigt wird. Ferner wird er verdächtigt, in erheblichem Maße, als von ihm behauptet, an den Geschäften beteiligt zu sein, und darauf erstreckt sich jetzt die Untersuchung.

Der Privatsekretär von Hugo Stinnes, v. Walbow, ist aus der Haft entlassen worden. Der Verteidiger Walboms teilt dazu mit: v. Walbow hat seinen Chef Hugo Stinnes jr. reiflich geduldet bis zu dem Augenblick, als Art und Umfang der Beteiligung Stinnes an den fraglichen Vorgängen den beherrschenden Stellen anderweitig bekannt geworden waren. Zu diesem Zeitpunkt hat v. Walbow keine Veranlassung mehr gehabt, mit der vollen Wahrheit zurückzutreten.

Am Freitag wurde noch eine Anzahl von Zeugen, zum Teil höhere Angestellte der Stinnesbetriebe in Hamburg, vernommen, die von Herrn von Walbow als Zeugen dafür benannt worden sind, daß er nur als Direktor von Hugo Stinnes jr. gearbeitet habe. Die Haftentlassung von Walboms erfolgte hauptsächlich auf Grund der Aussagen eines Proturiers, der die Angaben Walboms bestätigte.

Hugo Stinnes jr. hat während seiner Vernehmung am Freitag die aufsehenerregende Erklärung abgegeben, daß man vor einiger Zeit an ihn herantreten sei, und ihm mitgeteilt habe, der Reichskommissar für die Anmeldung von Anleihebesitz wolle die Untersuchung gegen ihn niederschlagen, wenn er den Vorschlag des Pariser Bankiers Calmaux annehme. Calmaux habe ihm durch Herrn v. Walbow, der durch einen besonderen Kurier davon unterrichtet worden sei, sagen lassen, daß gegen Zahlung von 50 000 M an die Adresse Calmaux das Verfahren in Deutschland eingestellt werde. Calmaux wolle alle nötigen Schritte unternehmen und verbürge sich dafür, daß der Reichskommissar das Verfahren auch wirklich einstellen werde. Stinnes habe Herrn v. Walbow daraufhin erklärt, daß er diese Angelegenheit als eine reine Erpressung betrachte und keineswegs auf diesen Vorschlag eingehe, um so mehr als er sich vollkommen schuldlos fühle. Der Untersuchungsrichter, Dr. Brühl, richtete daraufhin an den amwesenden Reichskommissar Heintzmann die Frage, ob er von diesen Verurteilungen des Pariser Bankiers gehört habe, was Direktor Heintzmann verneinte. Die Verteidigung von Stinnes wird den Antrag stellen, daß diese Angelegenheit reiflich aufgeklärt wird, um so mehr, als Herr v. Walbow der Korrespondenz zufolge bei einer nochmaligen Vernehmung bestätigt, daß die Aussage von Hugo Stinnes richtig sei, und daß der genannte Pariser Bankier ihm eine derartige Mitteilung in ernsthafter Form gemacht habe.

Photographische Aufnahmen im besetzten Gebiet. Ins besetzte Gebiet dürfen Photoapparate mitgenommen werden, um dort Aufnahmen zu machen. Nur ist darauf zu achten, daß keine Angehörige und keine Gegenstände der Besatzungsarmee im Bild festgehalten werden.

Der polnisch-litauische Konflikt. Der litauische Ministerpräsident Wolbomaras ist in Genf eingetroffen. Wie verlautet, hat Litauen nicht die Absicht, den polnisch-litauischen Konflikt anlässlich der Generaldebatte über den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs in der nächsten Woche vor die Versammlung zu bringen.

Bridgemans Rücktritt aus dem politischen Leben. Der Erste Lord der britischen Admiralität, Bridgeman, hat die Meldung, wonach er sich bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahre nicht mehr als Kandidat aufstellen lassen werde, bestätigt und als Grund für diesen Entschluß Gesundheitsrückfälle angegeben.

Das Banbittenwesen in Mexiko. In Mexiko überfielen etwa 175 Banditen einen von zehn Soldaten begleiteten Personenzug, töteten diese und plünderten die Passagiere aus.

Eine Spur von der „Greater Rockford“?

NEW YORK, 1. Sept. (Tel.) Nach einer in Halifax auf Neuschottland eingetroffenen drahtlosen Nachricht von dem Dampfer „Votun“ hat dieser Dampfer etwa 500 Meilen südwestlich vom Kap Farwell (Grönland) eine kleine Kugelboje gesichtet, die in weißer Farbe den Buchstaben „S.“ trug. Der Dampfer fischte in denselben Gewässern einen blauen Guttaperchaballon von 5 Fuß Durchmesser auf. Angesichts der Vermutung, daß durch diese Funde das Verschwinden des Flugzeuges „Greater Rockford“, das von Ontario zu einem Flug über Grönland nach Schweden aufgestiegen war, aufgeklärt werden könne, wird in New York erklärt, daß die Kugelboje wahrscheinlich von dem Küstenlutter „Nacion“, der das verschollene Flugzeug suchte, ausgefischt worden ist.

Wieder Hitze in New York

Die Hitze wird, nach Meldungen aus New York, dort immer drückender. Das Thermometer zeigt bis zu 90 Grad Fahrenheit. Die Bevölkerung leidet außerordentlich unter der Hitze. In den Wolkenkrägen ist die Hitze so unerträglich geworden, daß verschiedene Büros geschlossen werden mußten. Tausende von Bewohnern New Yorks verbrachten die Nacht unter freiem Himmel in den Parkanlagen und auf freien Plätzen, damit sie etwas frische Luft erhalten und schlafen können. In Jerusalem macht sich Wassermangel bemerkbar. Man erwartet keine Besserung bis zu den nächsten Regenfällen, die etwa in einem Monat eintreten werden. Es wird geplant, mit Eisenbahnzügen größere Wassermengen nach der Stadt zu führen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die planmäßig für Mitte September vorgesehene Tagung des Landtages ist nunmehr für den 12. September, nachmittags 4 Uhr, anberaumt worden. Die Tagesordnung lautet:

1. Nachruf für den am 9. August d. J. verstorbenen vor-maligen Großherzog Friedrich II. von Baden.
2. Mitteilung der Eingänge.
3. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Denkschrift über das Schlachtfeld (Drucksache Nr. 92 und 92a), Berichterstatter Abg. Egger.
4. Weitere Gegenstände der Tagesordnung bleiben vorbehalten.

Erholungsfürsorge für schulentlassene Mädchen

Der Verein Kindererholungsfürsorge Heuberg hat beschlossen, die Erholungsfürsorge für schulentlassene Mädchen im kommenden Winter in derselben Weise zu betreiben, wie im vorigen Jahre. Diese Einrichtung ist dazu bestimmt, solche junge Mädchen, die aus der Volksschule schon entlassen, gesundheitlich aber zur Arbeit noch nicht reif sind, durch einen monatigen Aufenthalt in der kräftigen Heubergluft bei guter Verpflegung so zu kräftigen, daß sie ohne Schaden für ihre Gesundheit nunmehr in eine Arbeitsstelle eintreten können.

Gleichzeitig erhalten die jungen Mädchen Fortbildungunterricht in hauswirtschaftlichen Fächern. Der Verein Heuberg betreibt diese Kurse seit dem Winter 1924/25, und zwar mit ausgezeichnetem Erfolge. Im nächsten Winter wird diese Erholungsfürsorge für schulentlassene Mädchen am Dienstag, den 6. November, beginnen. Sie dauert, wie im vorigen Jahre, vier Monate. Der Verpflegungssatz beträgt pro Tag und Kind 3 M wie im vorigen Jahre. In diese Erholungsfürsorge können nur solche jungen Mädchen aufgenommen werden, die den folgenden Bedingungen entsprechen:

- Junge Mädchen, die in der körperlichen Entwicklung zurückgeblieben und schlecht ernährt,
 - Genesende nach Infektionskrankheiten,
 - solche mit Nervenabnormalitäten,
 - tuberkulosegefährdete, besonders infolge erhöhter Anstellungsmöglichkeit in der Familie,
 - Ausgeschlossen sind von der Aufnahme:
 - Jugendliche mit ansteckenden Krankheiten,
 - mit behandlungsbedürftiger Tuberkulose jeder Art,
 - schwer Herzleidende,
 - Nierenkrankte,
 - mit Ungeziefere — oder deren Eiern Befallene,
 - ferner solche Mädchen, deren sittliches Verhalten nach dem Urteil der Schule Anlaß zu Bedenken gibt.
- Die Anmeldungen durch die Bezirksfürsorgeverbände müssen bis zum 1. Oktober erfolgen.

Fernsprechnellverkehr Frankfurt—Mannheim

Dr. Mannheim, 1. Sept. Für die allernächste Zeit ist die Genehmigung des Reichspostministeriums zur Errichtung eines telephonischen Schnellverkehrs zwischen Frankfurt und Mannheim zu erwarten. Die Inbetriebnahme soll dann in einigen Monaten erfolgen. Die statistische Gesprächsleistung habe einwandfrei ergeben, daß die Voraussetzungen der neuesten Form des Kabelfortschritts (Schnellverkehr) im Übermaß gegeben sind. (180 Gesprächseinheiten in einer Stunde ist die Mindestbedingung.) Der Schnellverkehr beansprucht nicht wesentlich mehr Zeit als der reine Ortsverkehr. Der Teilnehmer wartet mit dem Hörer am Ohr auf die Verbindung.

Badischer Bauernverein

Zum Nachfolger des an die Fürstl. Hohenzollernsche Hofverwaltung betruenen Generaldirektors Dr. Hengenheiter wurde in der am Freitag abgehaltenen Vorstandssitzung des Badischen Bauernvereins Freiburg, Landesökonomierat Dr. Schwörer, Salem, gewählt.

Reichstädtetbund in Heidelberg

Der Reichstädtetbund hält vom 5. bis 7. Sept. 1928 in Heidelberg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Über die Ziele der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden werden Reichsminister a. D. Dr. Müller und Reichsminister des Innern, Severing, sprechen über das Umgemeinungsproblem, der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Hoffmann, Münster, über Steuervereinfachung und Finanzausgleich, der preussische Finanzminister Dr. Süpfer-Uffhoff und der Reichstagsabgeordnete Dr. Brüning, sowie der Präsident des Reichstädtetbundes, Dr. Dackel.

Das Rheinwasser steigt

Die in den letzten Tagen niedergegangenen Regengüsse haben ein Steigen des Wassers der Flüsse mit sich gebracht. So ist der Rhein von gestern auf heute um 22 Zentimeter gestiegen, und da von Waldshut ein Steigen des Rheins um 60 Zentimeter, von der Schaffersinsel um 50 Zentimeter gemeldet wurde, ist auch in Mannheim mit einer weiteren Erhöhung des Wasserpiegels des Rheins und damit auch des Neckars zu rechnen. Die lange Wasserflutperiode auf den beiden Flüssen dürfte damit überwinden sein und die Schifffahrt bald wieder in Gang kommen.

Verschiedenes

Explosion in einer französischen Dynamitfabrik

An der Dynamitfabrik von Ablon bei Honfleur wurden am Freitagvormittag durch eine Explosion, die auf einen Zufall zurückzuführen ist, sieben Arbeiter getötet und 14 verletzt. Drei Gebäude des Dynamitwerkes sind in die Luft geflogen. Fünf Arbeiter wurden hoch emporgeschleudert. Vier fielen auf eine Decke, der fünfte auf eine Leiter, keiner von diesen wurde verletzt. Die Explosion ist wahrscheinlich dadurch verursacht worden, daß ein Arbeiter Explosivstoffe beim Transport aus Versehen fallen ließ.

Jugengleisung in Frankreich

NEW PARIS, 1. Sept. (Tel.) Wie „Journal“ berichtet, entgleite gestern Abend der Zug Genf—Paris bei Anch-le-Franc. Sämtliche Wagen sprangen aus den Schienen, nur die Lokomotive nicht. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Ursache der Entgleisung ist bisher nicht aufgeklärt.

Das Unwetter in Norditalien

NEW ROM, 1. Sept. (Tel.) Aus Norditalien treffen weitere Nachrichten von schweren Unwettern ein. In Biacenza, Bergamo, am Garda-See, in Cremona und anderen Städten wurden durch Sturm Häuser abgedeckt, Fabrikrohre umgelegt und Bäume entwurzelt. Dagegen richteten verschiedene großen Schaden an. Von den bei dem Unwetter in Monza Verwundeten ist ein weiterer gestorben. Fünf Personen befinden sich noch in Lebensgefahr.

Der badisch-pfälzische Kleingärtnerstag

Eröffnung der Kleingartenbauausstellung

Zum erstenmal findet der badisch-pfälzische Kleingärtnerstag in der badischen Landeshauptstadt statt. Im Mittelpunkt unseres Landes treffen sich am 1. und 2. September die Vertreter der Organisationen, um den staatlichen und städtischen Verwaltungsorganen und der gesamten Öffentlichkeit während der Verbandstagung und durch die damit verbundene Kleingartenbauausstellung einen Einblick in das Wesen und das Wollen der Kleingartenbewegung zu geben. Die Notwendigkeit einer solchen Demonstration ist jedem Kleingärtner und Gartenfreund klar. Die Karlsruher Kleingärtner, die mit an der Spitze im Kampfe zur Erreichung der Ziele stehen, werden bestrebt sein, den Freunden und Gästen nach getaner Arbeit die verbleibenden Ruhestunden so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Verhandlungs- und Ausstellungsräume und insbesondere der herrliche Stadtgarten mit seinen Sehenswürdigkeiten und Erholungsstätten sind dazu angetan, den Gästen eine angenehme dauernde Erinnerung mit nach Hause zu geben. Und nicht zuletzt die Ausstellung, an der sich viele Hunderte der Karlsruher Kleingärtner und einige benachbarte und befreundete Organisationen beteiligen, und bereichert durch die vom Reichsverband der Kleingartenvereine zur Verfügung gestellten umfangreichen Plan- und Bildschau, die nicht bloß für die einheimische Bevölkerung, sondern in hervorragendem Maße für die badisch-pfälzischen Gartenfreunde einen besonderen Anziehungspunkt bilden.

Heute nachmittag 4 1/2 Uhr findet eine öffentliche Begrüßungsveranstaltung in der Konzerthalle statt. Dabei wird der Vorsitzende des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, Nestor Förster, Frankfurt a. M., über „Sinn und Wesen der Kleingartenbewegung“ sprechen. Anschließend Vorführung des Reichsverbandesfilms „Land in Sonne“. Aussprache, Wünsche und Anregungen. Hierauf findet ein Familienabend statt, veranstaltet vom Ortsverband Karlsruhe.

Am Sonntag, 9. Sept., ist die geschlossene Hauptversammlung in der Glashalle des Stadtgartens (Vertreter und Mitglieder der Verbändevereine), um 14 Uhr: Gemeinsamer Mittagstisch; darauf Besichtigung der Ausstellung durch die Teilnehmer am Verbandstag; um 20 Uhr: Zusammenkunft in dem Stadtgarten. Der Montag bringt eine Autorundfahrt in den nördlichen Schwarzwald.

Das Motto „Land in Sonne“ auf den sehr wirksamen Plakaten lädt zur Besichtigung der Kleingartenbauausstellung ein, die heute vormittag eröffnet wurde und bis 9. September dauern wird.

Zur Eröffnung, die in der Vorhalle der städt. Ausstellungshalle erfolgte, hatten sich neben Vertretern der Kleingärtnerorganisation und der Gartenbauvereine eine Anzahl Ehrengäste eingefunden, darunter Oberbürgermeister Dr. Finter, Bürgermeister Seuer, zahlreiche Stadträte und Stadtverordnete sowie mehrere Landtagsabgeordnete.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes, Stadtverordneter Wäflner, begrüßte die Erscheinungen mit einer herzlichen Ansprache. Der Vorsitzende des badisch-pfälzischen Verbandes der Kleingartenvereine, Raabe, Mannheim, sprach im Auftrag des Reichs- und Landesverbandes. Er betonte die Berechtigung der idealen Bestrebungen der Kleingartenbewegung. Das Ziel müsse dahin gehen, jeder Familie in der Groß- und Kleinstadt zu einem Garten zu verhelfen. Die kulturellen Werte, die nach gesundheitlicher, sozialer und erzieherischer Richtung in der Kleingartenbewegung lägen, verlangten weitreichende Unterstützung durch die Städte und die Behörden.

Oberbürgermeister Dr. Finter gab seiner Freude über die Tätigkeit der Kleingartenvereine Ausdruck und bezeichnete als erfreuliches Kennzeichen der Zeitgeist die Sehnsucht des Stadtbürgers nach der Natur, die auch in der Kleingartenbewegung ihren Ausdruck gefunden habe. Sodann erklärte er die Ausstellung für eröffnet.

Es folgte ein Rundgang durch die Ausstellung.

Die Ausstellung zeigt uns, was der kleine Mann in schwerer Arbeit, aber mit großer Lust und Liebe in und um Karlsruhe geschaffen hat. Ferner sagt sie uns aber auch eindringlich, was er will und fordert. Die zusammengestellte Kleingartenbewegung datiert in Baden und in Karlsruhe erst seit dem Jahre 1919, wo die Kleingärtner das erste Schutzgesetz durch die Kleingartenordnung vom 31. Juli 1919 erhielten. Während des Krieges schloßen hier die Kleingärten natürlich aus dem Boden, hauptsächlich aus nahrungspolitischen Gründen. So entstanden in mehreren Bezirken der Stadt zusammenhängende Kleingartenanlagen, die jetzt noch existieren, zum Teil aber dem Wohnungsbau weichen müssen, ohne daß bisher ein Ersatz dafür geschaffen wurde. Die Abhilfe zu schaffen und die Allgemeinheit und die Behörden auf die Wichtigkeit der Ziele der Kleingartenbewegung hinzuweisen, ist Hauptzweck der Ausstellung.

Die Kleingärtner haben oft auf schlechtestem Boden mit geringen Mitteln, aber unendlichem Fleiß sich und ihrer Familie Stätten der Erholung geschaffen, und damit hat die Bewegung der Volksgesundheit sicher große Dienste erwiesen. Aber immer wieder sehen sie sich auf ihrer mit größter Mühe errungenen kleinen Scholle bedrückt, was schließlich hemmend auf die ganze Bewegung einwirken muß. Ihre Forderung nach Dauerkleingärten ist berechtigt. Bekanntlich besteht nun die Absicht, im Gebiet des Dammertods nach dem Vorbild anderer Städte solche Dauergärten zu errichten, die an Kleingärtner vermietet werden. Die Einrichtung der Gärten soll aber Aufgabe der Stadt sein, schon um eine einheitliche Umzäunung mit lebenden Hecken zu gewährleisten. Anderwärts hat man es verstanden, auf diese Weise auch der Allgemeinheit schöne Spaziergänge zu schaffen, wie das in der Ausstellung gezeigt wird.

Die ganze Nacht über war man noch eifrig an der Heranzüchtung der Ausstellung tätig gewesen, was in der Natur dieser Veranstaltung begründet ist, da ja die meisten Ausstellungsobjekte, frische Gemüse und Blumen, nicht tagelang vorher schon aufgestellt werden konnten. Die Ausstellung ist überhaupt durch die Beteiligten in ihrer freien Zeit mit großer Hingabe eingerichtet worden. Man muß sich wundern, was trotz dieses trodenen Sommers mit seinem zeitweiligen Wassermangel aus unserem fargen Boden von den Kleingärtnern herausgeholt wurde, die gerade deshalb besonders stolz auf die sehr reichlich besetzte Ausstellung sein können.

In der Ausstellungshalle sind die einzelnen Gärtnergruppen in gesonderten geräumigen Räumen untergebracht, wobei der gute Geschmack und die Erfindungsfreude der Aussteller überaus hervorsticht. In oft recht originellem Aufbau, der das schönste an Gemüse und Früchten trägt, umrahmt mit schönem Blumen- und Strauchwerk die Gruppen. Eine ganz besondere Sehenswürdigkeit ist die von Stadtgartenleiter Scherer entworfene Südgartengruppe „Flora“, die mit ihren Skulpturen von Bildhauer Kolmar inmitten der Haupthalle ihre Aufstellung fand. Die Gartenstadt Müppurr zeigt an Hand eines wertvollen Modells den idealen Siedlungsgedanken. Die Durlacher Gartenfreunde bieten ganz besonderes, indem sie

den Aufbau als Turmberganlage den Besuchern der Ausstellung zur Schau gestellt haben. Einzelausstellungen von Kleingärtnern, sowie die Ausstellungen verschiedener hiesiger Firmen, darunter die Majolica-Manufaktur, dürften weitere Anziehungspunkte sein. Einen besonderen Hinweis verdient noch die vom Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands zur Ausstellung gelommene „Plan- und Bildschau“, wie sie auch auf dem 5. Reichskleingärtnerstag zu Frankfurt a. M. vom 28. bis 30. August verg. Jahres gezeigt wurde.

Die emsige Arbeit, die hier unter der Leitung des Vorsitzenden des 2000 Mitglieder zählenden Karlsruher Ortsverbandes, Stadtverordneter Wäflner, sowie unter der technischen Leitung des Herrn Schred geleistet wurde, verdient alle Anerkennung. Die einzelnen Kleingartenabschnitte der Stadt sowie des benachbarten Durlach haben getrennte Ausstellungsabteilungen, und es ist interessant, zu beobachten, wie je nach der Lage und der Güte und Art des Bodens die Produkte der einzelnen Bezirke variieren. Der fruchtbare Durlacher Boden weist natürlich in allen Gattungen größere und schwerere Exemplare auf als je der meist sandige Boden in verschiedenen anderen Gartenkolonien hervorbringen vermag. Die Entwicklung der Kleingartenanlagen in Karlsruhe und Umgebung veranschaulicht eine lehrreiche Statistik. Danach gab es in Karlsruhe im Jahre 1913 330 Kleingärten. Diese Zahl stieg bis zum Jahre 1923 auf 3500, ging dann aber infolge fortschreitender Anforderung des betreffenden Geländes für Bauzwecke stark zurück und sank bis heute auf 2600.

Mit Stühlen zur Wehr gesetzt. In einer Wirtschaft in der Coppenstraße stritten sich heute nacht die Gäste, so daß die Polizei gerufen werden mußte. Der einschreitende Polizeibeamte wurde jedoch von mehreren Gästen mit Stühlen und Füßen tätlich angegriffen, so daß er sich mit dem Gummistöckel zur Wehr setzen mußte. Nach Eintreffen des inzwischen alarmierten Notrufkommandos konnten zwei der Täter dingfest gemacht werden.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Glähe Handstörungen des jetzt über Ausland liegenden Wirbels unterbrechen zeitweilig noch die seit gestern in ganz Süddeutschland ausgebreitete Aufsteigerung, sie wird sich aber im Laufe des heutigen Tages weiter durchziehen. Durch den neuen ozeanischen Luftwirbel bewegt sich der eine gegen Island, der zweite gegen die Biskaya; kleinere Störungen sind beiderseits der Alpen zu erkennen. Der Bestand des Hochdruckgebietes ist vorläufig aber noch nicht gefährdet; vielmehr ist mit Nordostströmung zu rechnen, womit heiteres, trodenes Wetter verbunden sein wird. Wetterausichten für Sonntag: Heiter, trocken, tagsüber zunehmende Erwärmung, nachts sehr kühl, vielfach Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Eberol (A. Ettlingen), 1. Sept. Gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr wurde in der Kirche ein Einbruch verübt. Mit Motorrad und Auto kamen die Einbrecher angefahren und waren gerade mit dem Aufbrechen der Kirchentür beschäftigt als ihr unglückliches Vorhaben von Einwohnern der Gemeinde bemerkt wurde. Als die Einbrecher ihr Vorhaben bemerkt sahen, begaben sie sich zu ihren Fahrzeugen und fuhren im Dunkel der Nacht unerkannt davon.

D.3. Sandweier (A. Rastatt), 1. Sept. — Gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr, brach in der Obersten Mühle ein Brand im 2. Stockwerk aus, der sich in kurzer Zeit auf den ganzen Dachstuhl erstreckte und diesen vernichtete. Außerdem fiel das ganze Werk und die Inneneinrichtung dem Feuer zum Opfer. Der Schaden beträgt 15 000 M., ist aber durch Versicherung gedeckt.

D.3. Flehingen (A. Bretten), 31. Aug. Vor kurzem brannte das älteste hiesige Haus, das 1519 erbaut wurde, in seinem oberen Teil ab. Der Besitzer, Schneidermeister Kolb, ließ es nunmehr wieder aufbauen, indem er den alten Stil beibehielt. — Beim Abbruch eines baufällig gewordenen Hauses kam ein Stein zugleich mit der Inschrift: „Anno Domini 1578“ auf diese Behausung gebauen / War Renhard Keller Bauherr / War Post Koster Steinmetz.

D.3. Walber (bei Speyer), 1. Sept. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung wurden die beiden Opfer des Wärbens Misch hier beigesetzt. — Der Wärbler Misch wurde von Weinheim, wo seine Verhaftung erfolgte, nach Frankenthal gebracht. Er leugnet die Tat.

Hd. Iffezheim, 31. Aug. Mit der Entscheidung um den großen Preis von Baden in Höhe von 64 000 M. erreichte die große R. Badener Rennwoche 1928 ihren Höhepunkt. Nachdem es in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag geregnet hatte, war am Freitag, dem Tage des großen Preises, prächtiges Sommerwetter, so daß die Bahn einen Massenbesuch aufwies. Das Hauptinteresse konzentrierte sich naturgemäß auf den großen Preis von Baden, in dem die deutsche Jagd dem Angriff der Franzosen abzuwehren hatte, die mit drei Vertretern diese wertvolle Prüfung bestritten. Dem Starter stellten sich elf Pferde, darunter der deutsche Derbyhänger Lupus und der letztjährige Gewinner des großen Preises Olander. Nach dem Start übernahm sofort das Führerpaar von Olander, Maß Jang die Spitze, gefolgt von Löwenherz und Kontessa Maddalena, während Olander vor den Franzosen an vierter Stelle lag. Beim Rastatter Bogen war die Aufgabe von Maß Jang erledigt und nun ersahen der Weinbergische Ramos an der Spitze, während auf der Innenbahn Lupus und außen Kontessa Maddalena und Olander aufkamen. In der Geraden ging der Oppenheimische Olander in ganz außerordentlicher Weise in Front und gewann unter fürmlichem Jubel des zahlreichen Publikums den großen Preis von Baden zum zweiten Male mit fünf Längen Vorsprung vor dem Weinbergischen Ramos, den nur Halslänge von Kontessa Maddalena trennte. Die Franzosen endeten in vollständig geschlagenem Felde. Otto Schmidt, der Weinbergische Stall-Jockey, konnte am vierten Renntage endlich zum Erfolg kommen und gleich zwei Rennen, allerdings nicht für seinen eigenen Stall, gewinnen. Er siegte im Preis vom Alten Schloß auf Majesta und im Wasserfallausgleich auf Auer dieuz, im letzten Rennen allerdings nach allerschärfstem Kampf wieder um Kopf. Im Chamant-Rennen wiederholte Feuerprobe ihren Erfolg vom Eröffnungstag und schlug den Weinbergischen Rantegna, allerdings wiederum nur ganz knapp. Herrschafts Vertreter kam im Yburgausgleich durch Graf Seilers' Gesellschaft zu einem Erfolg. Im Wellgunde-Ragbrennen hatte Schweinwerfer von A. Baer nicht viel zu schlagen. Er gewann überlegen mit vier Längen gegen Impero.

Hd. Speyer, 31. Aug. Zur Zeit werden am Rheinufer Bodendruckversuche vorgenommen und zwar an derselben Stelle, wo vor einiger Zeit die Probebohrungen zur Erstellung der Speyerer Rheinbrücke stattfanden.

W.3. Basel, 1. Sept. Gestern abend wurde Prof. Dr. Bernhard Duhm, Dogent für alttestamentarische Theologie, von einem Automobil überfahren und verlor zwei Stunden nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Professor Duhm wurde vor 81 Jahren in Bising (Schwabenland) geboren und wirkte seit 1888 an der Universität Basel.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden betr.

Bis zum 31. Juli 1928 (siehe Bekanntmachung vom 26. August 1928 — Staatsanzeiger Nr. 160) ist nur je eine gültige Vorschlagsliste der Arbeitgeber und der Versicherten eingegangen. Gemäß § 12 der maßgebenden Wahlordnung gelten die in den Vorschlagslisten Benannten in der Reihenfolge, in der sie aufgeführt sind, für die bis zum Abschluß des Jahres 1932 laufende Wahlzeit als gewählt.

Siernach sind gewählt:

I. Als Vertreter der Arbeitgeber:

a) Mitglieder:

1. Oberle, Karl, 74 Jahre alt, Malermeister in Karlsruhe, Geibelstr. 1;
2. Trier, Karl, 71 Jahre alt, Baumeister in Karlsruhe, Ritterstr. 28;
3. Schäfer, Karl, 45 Jahre alt, Syndikus in Mannheim, Donnersbergstr. 16.

b) Ersahmänner:

4. von Bogau, Max, 48 Jahre alt, Gutsbesitzer auf Völkhof, Gemeinde Jhringen;
5. Dold, Ferdinand, 65 Jahre alt, Maurermeister in Karlsruhe-Mühlberg, Rheinstr. 21;
6. Blüchel, Wilhelm, 59 Jahre alt, Direktor in Karlsruhe, Stlinger Str. 67;
7. Blum, Ernst, 58 Jahre alt, Schlossermeister in Karlsruhe, Waldhornstr. 10;
8. Dr. Simon, Hans, 41 Jahre alt, Syndikus in Pforzheim, Luisenstr. 50;
9. Fuchs, Jakob, 58 Jahre alt, Fabrikant in Karlsruhe, Spindplatz 5.

II. Als Vertreter der Versicherten

a) Mitglieder:

1. Schulenburg, Gustav, 54 Jahre alt, Geschäftsführer in Karlsruhe, Friedrichsplatz 11;
2. Schwarz, Josef, 48 Jahre alt, Gewerkschaftssekretär in Mannheim, Venaustr. 44;
3. Stodert, Franz, 39 Jahre alt, Landessekretär in Karlsruhe, Geranienstr. 20.

b) Ersahmänner:

4. Erb, Gustav, 47 Jahre alt, Arbeitersekretär in Karlsruhe, Schützenstr. 16;
5. Rüdert, Leopold, 47 Jahre alt, Geschäftsführer in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 28;
6. Koch, Wilhelm, 64 Jahre alt, Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe, Geibelstr. 1a;
7. Breitenbach, Heinrich, 30 Jahre alt, Fabrikarbeiter in Freiburg, Annenstr. 4;
8. Engelmann, Johann, 36 Jahre alt, Gewerkschaftssekretär in Ettlingen, Schillerstr. 5;
9. Fehlbender, Martin, 42 Jahre alt, Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe, Viktoriast. 24.

Anmerkung: Die Gewählten unter IIb D.3. 4-7 wurden als Ersahmänner für die Mitglieder IIa D.3. 1 und 2 und die Gewählten unter IIb D.3. 8 und 9 als Ersahmänner für das Mitglied IIa 8 benannt.

Karlsruhe, den 29. August 1928.

Der Wahlleiter:

Jung,

Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 8. September bis 18. September 1928

a) Im Landestheater:

Samstag, 8. Sept. * A 1. Th.-Gem. 1-100. Zum erstenmal: Der Londoner verlorene Sohn. Schauspiel von Shakespeare. 19 1/2 bis 22 1/2 (5 M.).

Sonntag, 9. Sept. * B 1. Th.-Gem. 101-200. Neueinstudiert: Armida. Große Oper von Gluck. 19 1/2 bis nach 21 1/2 (8 M.).

Montag, 10. Sept. Keine Vorstellung.

Dienstag, 11. Sept. * C 1. Th.-Gem. 201-300. Schinderhannes. Schauspiel von Judmayer. 19 1/2 bis gegen 22 1/2 (5 M.).

Mittwoch, 12. Sept. * E 1. Th.-Gem. 301-400. Die heilige Ente. Oper von Gluck. 20 bis 22 1/2 (7 M.).

Donnerstag, 13. Sept. * D 1 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte). Kallutta, 4. Mai. Schauspiel von Neuchwanger. 20 bis nach 22 1/2 (5 M.).

Freitag, 14. Sept. * F 1 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1. S.-Gr. Der Londoner verlorene Sohn. Schauspiel von Shakespeare. 19 1/2 bis 22 1/2 (5 M.).

Samstag, 15. Sept. * G 1. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Zum 100. Geburtstag von Leo Tolstoi: Neueinstudiert: Und das Licht scheint in der Finsternis. Drama von Tolstoi. 20 bis 22 1/2 (5 M.).

Sonntag, 16. Sept. * A 2. Th.-Gem. 401-500. Neueinstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Oper von Offenbach. 19 1/2 bis nach 22 (8 M.).

Montag, 17. Sept. Keine Vorstellung.

Dienstag, 18. Sept. * B 2. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Der Londoner verlorene Sohn. Schauspiel von Shakespeare. 19 1/2 bis 22 1/2 (5 M.).

b) Auswärtige Gastspiele:

Dienstag, 11. Sept. In Baden-Baden: Lohengrin von Wagner.

Freitag, 14. Sept. In Singen: Fidelio von Beethoven.

Samstag, 15. Sept. In Singen: Fidelio von Beethoven.

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag nachmittags.

Neuanmeldungen für Platzmiete, Platzsicherung und Blockhefte bei der Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288.

Die erste Rate (September) für Jahresplatzmiete kann vom Samstag, den 1. September bis einschließlich Mittwoch, dem 5. September, an der Vorverkaufsstelle bezahlt werden. Hauseinzug vom Donnerstag, den 6. September, ab.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4851, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48, Tel. 508.

Bewunderung u. Staunen erregt weit und breit mein neues

Spelzimmer von 595 RM. an	Singelmöbel	Federbetten
Herrenzimmer von 545 RM. an	Weißlackmöbel	Steppdecken
Schlafzimmer von 495 RM. an	Metallbettstellen	Chaiselonguedecken
Küchen von 275 RM. an	Sofas, Chaiselongues	Teppiche
	Matratzen	in allen Größen das Neueste
	in jeder Ausführung	

3-Preise-System mit offener Auszeichnung

1. Kassapreis bis 6 Monate Ziel ohne Aufschlag
2. Teilzahlungspreis bis 12 Monate Ziel m. 10% Aufschlag
3. Teilzahlungspreis bis 2 Jahre Ziel laut Vereinbarung

Auch nach auswärts liefern wir sämtliche Möbel
franko Haus

Beamte, Festangestellte, sowie alte Kunden kaufen bei mir
ohne Anzahlung

MÖBELHAUS
M. Tannenbaum
Adlerstraße 13 **KARLSRUHE** direkt an der Kaiserstr.



**Deutsche
Bekleidungs-gesellschaft E.**

Karlsruhe Kronenstr. 40
Ecke Markgrafenstr.

Beamte, Festangestellte und
alte Kunden ohne Anzahlung.

**Bei 1% Anzahlung!
8 Monatsraten!**

erhalten Sie

**Jacken-, Damen- und
Kinder-Konfektionen**

Bett-, Tisch-, Leibwäsche
Oberhemden, Kragen
Krawatten, Hüte, Mützen
Gardinen, Teppiche usw. usw.

Bruch-Heilung

ohne Operation, ohne Berufshörung
wurde durch unsere Behandlungsart sogar in schwersten
Fällen in erstaunlichem Maße erzielt und uns in
Hundertern von Ärzten bestätigt.

Referenzen und Prospekte auf Wunsch kostenlos.
Rückporto erwünscht.

Zur Behandlung kommen Leisten-, Schenkel-, Knie-,
Knie-, Bauch- und Wasserbrüche.

Sprechstunde unseres approb. Vertrauensarztes in:
Karlsruhe: Dienstag, 4. Sept., nachmittags 3-6 Uhr, Bahnhofs-Hotel, 859

Karlsruhe: Mittwoch, 5. Sept., vormittags 9-1 Uhr,
und nachmittags 2-6 Uhr, Hotel Luz, am alten
Bahnhof.

Pforzheim: Donnerstag, 6. Sept., vorm. 9-1 Uhr,
und nachmittags 2-6 Uhr, Hotel Hansa, Bahnhofs-
hofstr.

Bruchsal: Freitag, 7. Sept., vorm. 9-1 Uhr, Bahnhofs-Hotel Friedrichshof.

„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruch-
behandlung G. m. b. H., Samsburg, Eplande 6.

(Ärztl. Leiter: Dr. G. V. Meyer.)

Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“

COLOSSEUM

Waldstraße 16 **Telephon 5599**

Heute abend 8 Uhr

Eröffnungsvorstellung

Die große **Ausstattungs-Revue** in 30 Bildern

Ohne Kleid — tut mir leid!

Erstklassige Ausstattung, hervorragende Starbesetzung

Städtische (öffentliche) Sparkasse Waldorf (Bd.)

Bilanz auf 31. Dezember 1927

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenstand	7 930,71	1. Spareinlagen	261 901,82
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassant	15 387,47	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	26 701,22
3. Darlehen in laufender Rechnung an Private	10 010,58	3. Aufwertungsguthaben	166 951,15
4. Darlehen auf Hypothek	91 470,—	4. Anlehenschulden	1 000,—
5. Schuld-scheine	180 664,97	5. Sonstige Kapitalschulden	11 684,58
6. Wechselbarlehen an Private	150,—	6. Aufwertungsfonds	30 086,40
7. Aufwertungsbarlehen	182 241,27	7. Ausgaberrückstände	175,—
8. Einnahmerückstände	22 205,19	8. Rücklagen von früheren Jahren	5 706,43
9. Gerätschaften	260,85	9. Reingewinn vom Jahre 1927	6 114,44
Sa.	510 321,04	Sa.	510 321,04

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:		91.569
8% aus 261 901,82 RM Einlagen	=	20 952,08 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927	=	11 820,87 RM
Somit zu wenig	=	9 131,21 RM

Waldorf (Baden), den 30. August 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Trunk, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Geißelbacher.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

743

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

fertigt

**Drucksachen
aller Art**

für Industrie, Handel, Behörden
und Private

Kurze Lieferfristen, Preise mäßig

**Les Bücher
Wissen ist Macht!**

**Ludwig
Schweisgut**
Karlsruhe i. B.
Erbsengasse 4
beim Rindfleischplatz

**Flügel
Pianos 724
Harmoniums**

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Priv.-Handelschule
„Hansa“
Kaiserstraße 233
Telephon 5846
Beginn **neuer
Handelskurse**
am Mittwoch, den 5. Sep-
tember 1928.

Die Schulleitung:
Fink, 853
Dipl.-Handelslehrer.

NB. Besuch der Schule befreit
v. Fortbildungsschulunterricht.

**Korbmöbel
Mercedes**

Günstig ab Fabrik an Privats!
Bequeme Teilzahlung. Reichhalt. Katalog
auf Wunsch.
Karlshofstr. Mercedes-Lordua.

Kassenschränke

Schereggitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer
769 liefert

Herm. A. Siefert, Lahr i. B. Telephon 2843
Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten

Bei der Öffentlichen Sparkasse Freiburg im Breis-
gau (städt. Sparkasse) ist die neu geschaffene plan-
mäßige Beamtenstelle eines

Finanzinspektors

alsbald zu besetzen (Gruppe VIII der Besoldungsord-
nung der Stadt Freiburg mit Aufzählungsmöglichkeit
nach Gruppe IX).

Im Sparkassen- oder Gemeinberechnungswesen durch-
aus erfahrene Bewerber mit erfolgreicher Tätigkeit auf
diesen Gebieten, welche ihre Befähigung durch die er-
folgte Ablegung der Prüfung für den gehobenen mitt-
leren Dienst bei der badischen Staatsverwaltung oder
bei einer Stadtverwaltung nachweisen können, wollen
ihre Gesuche bis **15. September 1928** anher einreichen.

Den Gesuchen sind anzuschließen:
Ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf, ein Ge-
burtsschein, der Nachweis der abgelegten Fachprüfung,
lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in
beglaubigten Abschriften und ein auf Grund eines
Strafregisterauszuges ausgestelltes Reumundzeugnis.
Der in Aussicht genommene Bewerber hat sich vor
der Anstellung einer Untersuchung durch das städtische
Gesundheitsamt zu unterziehen.

Persönliche Vorstellung nur auf Einladung erwünscht.
Freiburg i. Br., den 20. August 1928.

Öffentliche Sparkasse Freiburg i. Br. (städtische
Sparkasse).